AKADEMIE FÜR
POLITISCHE BILDUNG
TUTZING

Aus dem Hörsaal
Episode 35: Wie die USA nach Europa kamen – die transatlantische Partnerschaft seit 1945
MIT MICHAEL MAYER

Michael Mayer, Zeithistoriker der Akademie, ist in unserer Podcast-Rubrik "Aus dem Hörsaal" mit einem Vortrag über die transatlantische Partnerschaft zwischen Europa und den USA seit 1945 zu hören. Die Aufnahme entstand im Rahmen unserer Online-Reihe „Akademie am Abend" – mit dem Fokus auf die USA.

Können Europa und die USA überhaupt noch aufeinander zählen? Die aktuellen Spannungen lassen viele daran zweifeln. Der Zeithistoriker der Akademie, Michael Mayer, wirft in seinem „Akademie am Abend"-Vortrag jedoch den Blick zurück und zeigt, dass Unsicherheit und Konflikte in der transatlantischen Partnerschaft alles andere als neu sind. Er zeigt, wie und warum die USA seit 1945 in Europa aktiv wurden – und warum Spannungen, Konflikte und zugleich stabile Formen der Zusammenarbeit die transatlantische Partnerschaft bis heute prägen.

Anna Berchtenbreiter

Hallo und herzlich willkommen zu einer neuen Ausgabe Akademie fürs Ohr. Dieses Mal könnt ihr in unserer Rubrik „Aus dem Hörsaal" den Akademie-am-Abend-Vortrag von unserem Zeithistoriker Michael Mayer nachhören. Auch in dieser Folge geht es wieder um die USA, mit einem Vortrag aus dem November 2025. Michael Mayer hat sich dafür mit der Frage auseinandergesetzt, wie die USA nach Europa kamen – er hat sich also die transatlantische Partnerschaft seit 1945 genauer angesehen. Zwischen Europa und den USA sind die Beziehungen ja momentan recht angespannt. Wirft man einen Blick zurück, dann sieht man, dass Unsicherheit und Konflikte in der transatlantischen Partnerschaft alles andere als neu sind. Schon seit den 1950er Jahren kam es immer wieder zu Spannungen. Und gleichzeitig entstanden dann auch Wege der Zusammenarbeit, die trotz Differenzen hielten. Michael Mayer erklärt in seinem Vortrag, warum die USA in Europa aktiv wurden, welche Konflikte sich kontinuierlich abspielten und welche Muster bis heute nachwirken. Und damit gebe ich jetzt ab an Michael Mayer:

Michael Mayer

Der heutige Abend widmet sich dem Thema: Wie die USA nach Europa kamen - die transatlantische Partnerschaft seit 1945. Und ich weiß nicht, ob es Ihnen so geht wie mir, aber man trauert aktuell so ein bisschen um die USA. Ich frage mich da manchmal, ob wir nicht um eine USA trauern, die es so eigentlich nicht wirklich gegeben hat. Also eine USA als unerschütterliche Verbündete Europas, eine USA, der wir uns vorbehaltlos anvertrauen können. Was wir heute Abend machen möchten: Wir wollen in die Geschichte schauen, um genauer zu sehen: Wie sah eigentlich das Verhältnis zwischen den USA und Europa im 20., aber auch im beginnenden 21. Jahrhundert, aus und welche Konflikte gab es? Im Hinterkopf haben wir natürlich die aktuellen Konflikte zwischen eben Europa und den USA, wie die Finanzierung der NATO, Drohung mit Truppenabzügen, Zöllen usw. Ich möchte zu Beginn mal zwei Zitate von Donald Trump liefern. Einmal sagte Donald Trump am 30. Juli 2020: „Germany is delinquent, they haven't paid their fees." Also Deutschland sei schuldig, es habe seine Beiträge nicht entrichtet. Und das zweite Zitat stammt vom 6. März 2025 und das richtete sich an die NATO-Verbündeten: „If they don't pay, I am not going to defend them." Also:

Wenn sie nicht zahlen, dann werde ich sie nicht verteidigen. Er natürlich persönlich, ganz klar. Also, man hat so ein bisschen den Eindruck, das US-Engagement in Europa scheint abhängig davon zu sein, ob dafür gezahlt wird. Und diese aktuelle Debatte, die erleben viele Menschen in Europa als einen historischen Bruch, denn wenn man sich die US-amerikanische Perspektive anguckt, dann ist es möglicherweise eher - in gewisser Weise zumindest - eine Rückkehr zur Normalität. Deswegen will ich Ihnen die These für den heutigen Vortrag präsentieren, die lautet: Der Kalte Krieg hat die US-amerikanische Rechte gezwungen, in Richtung der politischen Mitte zu wandern. Die US-amerikanische Rechte wurde so also gezähmt und damit auch der Isolationismus, also die Besinnung auf sich selbst. Nach 1991 aber kehrte die US-Politik wieder zu ihrer historischen Identität zurück, in radikalisierter Form sichtbar bei Donald Trump. Ich habe das etwas zugespitzt, ganz bewusst, meine These für den heutigen Abend und ich möchte - das möchte ich betonen - heute nicht Donald Trump historisch erklären, sondern eher die tiefen Strukturen der US-Strategie-Kultur. Deswegen meine Gliederung: Im ersten Punkt wollen wir uns mit Wilsons Internationalismus 1917 bis 1919 ganz kurz beschäftigen und das, wie Sie hier sehen, habe ich schon angedeutet als kurzen Ausreißer. Im zweiten Punkt geht es dann um die Alt-Right der 1930er Jahre um zu schauen, inwiefern sie ein ideologisches Fundament des späteren Trumpismus gibt. Und dann schauen wir uns im dritten Punkt die Wendezeit 1941 bis 1949 an, also der erzwungene Internationalismus, also die Erklärung: Wie sind eigentlich die USA nach Europa gekommen? Und Europa im Kalten Krieg meint dabei natürlich immer Westeuropa. Und dann schauen wir uns im vierten Punkt, die Hochphase des Kalten Krieges ab 1949 an, und da schauen wir, inwiefern das transatlantische Verhältnis ein strukturelles Konfliktsystem ist. Und ich habe mir zwei Beispiele für Sie herausgesucht. Einmal das „Burden Sharing“, also die Lastenteilung als permanentes transatlantisches Dilemma, also die Frage: Wer zahlt für US-Truppen in Europa? Also inwiefern ist das eigentlich schon immer ein sehr massiver Konflikt gewesen. Und das zweite Beispiel, da geht es um US-Kontrolle versus europäische Autonomie am Beispiel der nuklearen Teilhabe. Da geht es um die Frage, inwiefern sind die USA bereit, sicherheitspolitische Entscheidungen mit Europa zu teilen. Also auch das ist eine ganz wichtige Frage, die im Grunde bis heute letztendlich weiterwirkt. Und dann schauen wir uns an: Die Wende nach dem Ende des Kalten Krieges. Rückkehr zu alten Strukturen habe ich das genannt. Hier geht es um die Frage: Welche Rolle spielte das Ende des Kalten Krieges mit Blick auf den US-Isolationismus? Und dann im letzten Punkt noch eben Trumpismus als Wiederkehr und Radikalisierung - um auch in die Gegenwart zu gehen, was für Historiker immer etwas unangenehm ist, aber ich denke, das gehört einfach bei dem Thema dazu.

WILSONS INTERNATIONALISMUS

So, dann beginnen wir mit dem ersten Punkt: Der kurze Ausreißer - Wilsons Internationalismus 1917 bis 1919. Also der Kriegseintritt der USA 1917 in den Ersten Weltkrieg in Europa. Das markierte keinen dauerhaften Strategiewechsel, sondern wir sehen das schon zwei Jahre später, dass der US-Senat den Beitritt der USA zum Völkerbund ablehnt. Und das ist Ausdruck einer tiefen Souveränitätspräferenz in den USA im Senat. Letztendlich war das Diktum, die USA wollten sich nicht international binden, sondern es gibt einen gewissen „return to normalcy“, also eine Rückkehr zur alten Linie in den 1920er Jahren. Also Isolation, Zölle, Fokus auch auf die westliche Hemisphäre, also die Amerikas. Und die Schlussfolgerung daraus war: Internationalismus war kein US-Dauerzustand, sondern episodisch, krisengetrieben. Das wäre mein erster Punkt.

DIE ALT-RIGHT DER 1930ER JAHRE

Und jetzt kommen wir direkt zu den Alt-Right, der 1930er Jahre. Die Alt-Right, das war eine konservative Grundstimmung in den 1930er Jahren. Dazu gehörten verschiedene Personen, die teilweise auch deckungsgleich waren, nämlich einmal libertäre Wirtschaftsnationalisten, die gegen den New Deal von Franklin D. Roosevelt agitierten. Also, Sie kennen den New Deal von Roosevelt, also im Grunde Ausbau von Sozialprogramme, Ausbau des Staates usw. Und diese Wirtschaftsnationalisten, die wandten sich eben gegen diese Sozialprogramme und waren für Protektionismus. Die

zweite Gruppe sind antibürokratische Konservative, die Washington im Grunde als Gegner sehen. Sie waren gegen eine Ausweitung der staatlichen Kompetenzen - das ist was Roosevelt damals betrieb nach 1933 - und gegen staatliche Regulierung. Drittens isolationistische Politiker, die kritisch gegenüber einer internationalen Bindung eingestellt waren und viertens kulturelle Nationalisten, die Immigration und kulturellen Wandel ablehnen. Das kann natürlich, wie gesagt, auch teilweise deckungsgleich sein. Das sind jetzt nicht verschiedene Gruppen, sondern es geht teilweise ineinander über und Sie ahnen natürlich schon, dass es hier gewisse Überschneidungen auch mit der aktuellen Entwicklung gibt. Diese Haltung verdichtet sich dann im America First Committee der 1930er Jahre. Das war die größte außenpolitische Massenbewegung der Vorkriegszeit in den USA mit bis zu 800.000 Mitgliedern. Und dieser Slogan „America First" stammt aus den 1930er Jahren. Hier gibt es ein gemeinsames Narrativ. Nämlich einmal die Vorstellung, dass die Einmischung in europäische Konflikte das Selbstverständnis der USA gefährde. Zum Zweiten werden internationale Verpflichtungen sehr kritisch gesehen, aufgrund vermeintlich hoher Kosten, vermeintlich unnötiger Aufgaben und der Gefahr eines Souveränitätsverlust, der gesehen wurde. Das heißt, dieses „America First" ist der Versuch, einen Schutz der eigenen Identität durchzuführen. Die Grundüberzeugung ideologischerweise ist folgende: die Idee, eine starke Nation schütze sich selbst und internationale Bindungen würden sie schwächen und würden sie verfremden. Kommen wir zur Schlussfolgerung: Diese Alt-Right war kein Randphänomen, sondern die dominante konservative Matrix bis 1941. Und Trump knüpft an diese ideologische DNA an.

DER ERZWUNGENE INTERNATIONALISMUS

Dann zum dritten Punkt: Die Wendezeit 1941 bis 1949 - also hier passiert eben was. Der erzwungene Internationalismus, habe ich das genannt. Und da, Sie können es sich vorstellen, der japanische Überfall auf Pearl Harbor 1941 markierte eine Zäsur. Also der Isolationismus wurde nicht überwunden, sondern suspendiert durch einen äußeren Zwang, nicht unbedingt durch einen inneren Wandel. Es war Pearl Harbour, also das Ereignis von Pearl Harbour, die die USA in eine globale Führungsrolle gezwungen haben, vor allem aus sicherheitspolitischer Notwendigkeit. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges 1945 gab es durchaus eine offene Debatte, ob die USA in Europa bleiben sollten oder nicht. Im Nachgang erscheint uns das immer völlig folgerichtig und wir gehen davon aus, dass war ja so, natürlich sind die geblieben. Aber das war im Grunde 1945 sehr offen. Die USA war die Siegermacht, die am schnellsten ihre Truppen aus Europa nicht komplett abgezogen hat, aber deutlich reduziert hat. Und wir sehen nach 1945 in den USA ein innenpolitisches Spannungsfeld, das man in Isolationisten und Interventionisten aufteilen kann. Das ist etwas grob, natürlich, diese Aufteilung, aber zumindest diese Tendenzen sind vorhanden. Isolationisten, die tendenziell in Europa ein Kostenfaktor sehen und die sagen, es gäbe kein vitales US-Interesse, wenn man sich in Europa engagieren würde. Und Interventionisten, die sagen: Wir haben die Sowjetunion als externe Systembedrohung und dadurch seien US-Interessen massiv betroffen. Und in der Debatte entwickelt es sich letztendlich so, dass Konsens wird, dass ein Engagement in Europa unumgänglich ist. Ich habe hier ein Foto von Außenminister Dean Acheson der am zwölften März 1947 im US-Senat sagte, Zitat: „It is a question of the survival of free peoples. The United States cannot escape responsibility" (*Anmerkung der Redaktion: Im März 1947 war Dean Acheson stellvertretender Außenminister*). Also es gehe um das Überleben der freien Völker und die USA müssten Verantwortung übernehmen. Hier wird im Grunde die Notwendigkeit zur Intervention in Europa gesehen. Und damals, im März 1947, ist der Kontext Griechenland und Türkei. Das waren zwei Staaten, die damals unter den sowjetischen Einfluss zu geraten schienen. Die Konflikte innerhalb der USA zeigten sich dann noch deutlicher bei der Ratifizierung des NATO-Vertrages im Jahre 1949 im Senat. Das ist im Grunde dieser Punkt, wo das dauerhafte US-Engagement in Europa letztendlich abgesegnet wurde, also vom Senat. Am 12. Juli 1949 hielt der Senator aus Ohio, Robert A. Taft im US-Senat eine Rede gegen die Ratifizierung des NATO-Vertrages, und sagte dabei: „I do not believe that the NATO-treaty is a part of the American principles. It's a complete departure from them." Also er sah im NATO-Vertrag ei-

nen Verrat an US-Prinzipien. Und auch die Debatte damals, im Juli 1949 im Senat, zeigte, dass es Zweifel an einer dauerhaften Bindung zu Europa bzw. an internationaler Verflechtung gab und die Sorge bestand, dass die USA in Konflikte hineingezogen würden. Die Schlussfolgerung daraus: Die US-Verankerung in Europa war Folge einer äußeren Bedrohung und nicht unbedingt einer parteiübergreifenden innenpolitischen Überzeugung.

BURDEN SHARING

Dann wandern wir jetzt weiter in den Kalten Krieg, der ja schon vor 1949 beginnt, aber wir schauen uns jetzt sozusagen die Kernphase an und überlegen, inwiefern die transatlantischen Beziehungen ein strukturelles Konfliktsystem sind. Da hätte ich das erste Beispiel eben „Burden Sharing“, also Lastenverteilung, als permanentes transatlantisches Dilemma. Also die Frage: Wer zahlt eigentlich für die Sicherheit in Europa? Eine Frage, die auch immer noch sehr aktuell ist. Und hier gibt es das Problem der strukturellen Asymmetrie, und das möchte ich mir mit Ihnen kurz genauer ansehen. Also einmal die US-Perspektive: Die US-Amerikaner waren der Meinung, dass Europa überproportional von einem US-Engagement in Europa profitiere und umgekehrt die USA unverhältnismäßige Lasten trügen. Und zudem wurde in den USA das sogenannte Trittfahrerproblem gesehen. Das kommt aus der Classic Alliance Theorie. Dieses Problem besagt, dass, wenn ein Staat Sicherheit von außen bietet, dann die anderen Staaten, denen diese Sicherheit gewährt wird, ihre eigene Sicherheit vernachlässigen würden. Man könnte sagen, nach 1991 sieht man das ein bisschen in der Bundesrepublik. Sicherheit war nicht mehr so relevant, die war einfach da und daraufhin hat man die Ausrüstung der Bundeswehr deutlich vernachlässigt. Das war jetzt die US-Perspektive. Die europäische Perspektive sieht anders aus. Die Europäer sagen, dass die USA ihre Führungsrolle ausnutzen würden, um die europäische Politik zu dominieren. Gleichzeitig sagt man in Europa, Europa leiste sehr wohl Beiträge, aber in Einklang mit den eigenen politisch gesellschaftlichen Grenzen. Und letztendlich ist es so, dass die Europäer eine Überforderung und einen Verlust eigener Autonomie fürchten. Und dadurch entsteht ein doppeltes Dilemma: Europa will Schutz ohne Dominanz durch die USA. Die USA wollen europäische Beiträge ohne Kontrollverlust. Und das ist der Kern dieses „Burden Sharing“-Dilemmas, also des Dilemmas einer gerechten Lastenverteilung. Diese Lastenverteilung, so zumindest Ergebnis der Forschung, funktioniert am besten, wenn es eine sogenannte „Coercive Burden Sharing“ gibt, also eine erzwungene Lastenverteilung. Die dominante Macht, in diesem Fall die USA, muss Druck und Anreize miteinander kombinieren und dann funktioniert das sehr gut. Und umgekehrt: Der Juniorpartner, also Europa oder die Bundesrepublik, reagiert dann mit selektiver Kooperation. Das heißt, man kooperiert immer dann, wenn es den eigenen Interessen dient, was an sich erst mal nicht völlig verwerflich ist … es ist natürlich auch Aufgabe der Regierung, die Interessen der eigenen Bürgerinnen und Bürger zu vertreten. Wichtig dabei ist aber, dass beide Seiten die Abhängigkeit instrumentalisieren. Die USA drohen: Wir reduzieren unser Engagement zum Beispiel über einen Truppenabzug aus Europa. Umgekehrt droht Europa mit politischer Distanz, mit Instabilität oder eben mit Forderungen nach Souveränität. Also es ist letztendlich ein beidseitiges strategisches Spiel. Das ist mir auch wichtig, eben nicht nur eine einseitige US-Kritik, zumindest während der Zeit des Kalten Krieges. Das ist im Grunde Alltag im Kalten Krieg. Ich möchte ein paar konkrete Beispiele anbringen. Zum Beispiel die Mansfield Amendments in den 60er und Anfang der 70er Jahre. Mike Mansfield war demokratischer Mehrheitsführer im US-Senat und er forderte immer wieder die Reduktion von US-Truppen in Europa. Seine Begründung: Europa sei reich genug, die US-Steuerzahler seien überlastet und auch der Vietnamkrieg binde Ressourcen. Also eine Argumentation, die jetzt nicht völlig anders ist als die Argumentation, die wir heute hören. Und Mansfield schafft es teilweise im Senat sogar, Mehrheiten für diese Reduktionstendenzen zu bekommen. Der Unterschied zu heute aber ist, dass die Präsidenten, also Johnson und Nixon die Umsetzung blockieren. Gleichzeitig möchte der Senat ein Signal senden, ein Signal an Europa, nämlich: Europa ist in den USA nicht selbstverständlich und das US-Engagement sei immer politisch umkämpft. Auch für den US-Präsidenten sind diese Amendments im Senat gar nicht so ungelegen, weil nämlich: So kann

man Druck auf Europa ausüben. Also man spricht dann eben, sage ich mal, mit den europäischen Partnern und sagt: Ja, schaut doch mal, ich habe hier Probleme im Senat, ihr müsst mir also letztendlich entgegenkommen. Also man kann diplomatischen Druck auf Europa ausüben. Das ist eine Entwicklung, die wir in den 60er und 70er Jahren haben, aber eben auch darüber hinaus. Wichtig ist aber: Europa beteiligt sich durchaus an den Kosten. Also in den 1960er und 70er Jahren beispielsweise gibt es den sogenannten Devisenausgleich für US-Truppen in der Bundesrepublik. Also die Bundesrepublik kauft US-Rüstungsgüter, was sie jetzt aktuell auch wieder in massivem Maße tut, also das ist auch so ein Klassiker. Die Bundesrepublik kauft US-Rüstungsgüter, sie kaufte US-Staatsanleihen, sie übernahm Stationierungskosten um eben die US-Kosten in Europa, also in der Bundesrepublik, auszugleichen. Das heißt, da fließt auch sehr viel Geld. Und das gleiche gibt es auch auf europäischer Ebene, also nicht nur bilateral. Das gibt es nicht nur zwischen der Bundesrepublik und den USA, sondern natürlich auch zwischen anderen europäischen Staaten. Aber es gibt das auch auf der europäischen Ebene. 1971 wird beispielsweise das European Defence Improvement Programme aufgelegt. Hintergrund dazu war: Die USA waren aufgrund des Vietnamkrieges sehr in ihrem Militärbudget belastet und es gab die US-Forderung, Europa solle mehr tun. Das kommt uns ja sehr bekannt vor. Aber wichtig war, Europa solle mehr tun, aber unter US Strategie Führung. Also die USA sagen letztendlich mehr oder weniger, was Europa tun soll. Und die Europäer verpflichteten sich daraufhin zu höheren Beiträgen im Rahmen der NATO. Und seit den 80er Jahren gibt es dann den Host Nation Support, das heißt zusätzlich werden dann Reservisten gestellt, es wird Infrastruktur bereitgestellt von den europäischen Staaten, Logistik usw. Also da fließt auch Geld und da werden Dinge letztendlich bereitgestellt. Damit hat Trump durchaus unrecht, wenn er behauptet: die USA hätten immer alles gezahlt. Kommen wir zu unserer Schlussfolgerung hier: „Burden Sharing“ ist keine Streitfrage, sondern die strukturelle Grundspannung einer asymmetrischen Allianz. Asymmetrische Allianz deshalb, weil im Rahmen der NATO sind die USA mit Abstand der größte Partner. Und dies zeigt: Transatlantische Sicherheitspolitik basiert immer auf Verhandlung, nie auf Konsens. Also es gibt keine konfliktfreie transatlantische Partnerschaft.

NUKLEARE TEILHABE

Kommen wir zum zweiten Beispiel: die Frage von US-Kontrolle versus europäische Autonomie am Beispiel der nuklearen Teilhabe. Und hier zeigt sich die Asymmetrie innerhalb der NATO am deutlichsten. Das Grundproblem besteht darin, dass die USA bei Nuklearwaffen die Kontrolle und Führung behalten wollen. Umgekehrt will Europa Sicherheit - auch durch den Nuklearschirm - und zugleich Mitsprache, also keine völlige Abhängigkeit. Und dieses Dilemma versucht man dann in den 60er Jahren zu lösen mit der sogenannten Multilateral Force. Die Idee war gewesen, dass man eine gemeinsame NATO-Flotte aufstellt und diese mit atomar bewaffneten Raketen bestückt. Also sollten Schiffe oder U-Boote unter multinationaler Besatzung vorhanden sein. Da sollte auch zum Beispiel die Bundesrepublik ein Mitspracherecht erhalten, das gab es eben vorher auch nicht. Aber, die USA konnten operativ dominieren, also sie konnten ihre Kontrolle erhalten unter dem Deckmantel von Teilhabe. Denn letztendlich ist es so, dass die Entscheidung über den Einsatz der Nuklearwaffen durch Washington erfolgt. Also selbst, wenn sie ein NATO-Schiff haben mit multinationaler Besatzung, der letztendliche Einsatz dieser Waffen - eben vor allem taktische Atomwaffen - das erfolgt alles über Washington. Also da gibt Washington die Kontrolle nicht frei. Und deswegen scheitert letztendlich dieses Konzept der Multi Natural Force. Im Verlauf der 1960er Jahre. Aber im Grunde ist es so, dass das Ergebnis bis heute im Bereich der Nuklearwaffen gleich ist, nämlich: Teilhabe bleibt symbolisch und die Kontrolle letztendlich US-amerikanisch. Also, die US-Amerikaner geben die Kontrolle nicht frei. Und um kurz den Blick auf die Bundesrepublik zu legen: In der Bundesrepublik sind ja auf dem US-Luftwaffenstützpunkt in Büchel in der Pfalz Atomraketen stationiert. Die Bundesrepublik aber stellt hier nur die Trägersysteme, also Tornadoflugzeuge und Piloten. Und im Falle eines bewaffneten Konfliktes würde die Bundeswehr mit ihren Flugzeugen dort ankommen und dann erhalten sie von den

US-Amerikanern Atomwaffen, vor allem taktische Atomwaffen, um diese dann im Gefecht einzusetzen, aber vorher nicht. Das heißt, die komplette Kontrolle über den Einsatz dieser Waffen erfolgt über die US-Truppen. Daneben, um bei Nuklearwaffen noch zu bleiben, ist die Bundesrepublik Mitglied in der nuklearen Planungsgruppe der NATO, das ist im Grunde das Gremium, wo man diskutiert, wie letztendlich Atomwaffen eingesetzt werden. Aber natürlich ist es so, dass die USA hier ganz klar die Vorgaben machen und letztendlich die Entscheidung über den Einsatz von Nuklearwaffen liegt bei den USA. Und diese Frage ist heute wieder besonders akut geworden, da unsicher ist, ob Trump Nuklearwaffen zum Schutz Europas einsetzen würde. Letztendlich kommt damit die alte Frage wieder zurück - und das ist eine Frage, die wir seit den 50er Jahren diskutieren: Wer entscheidet über die nukleare Abschreckung in Europa?

DIE RÜCKKEHR ALTER STRUKTUREN

Damit haben wir den Kalten Krieg im Schnelldurchlauf durchwandert und nun schauen wir uns die Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges an. Ich habe das genannt: die Rückkehr der alten Strukturen. Und ich frage da: Warum ist das Ende des Kalten Krieges ein grundlegender Wendepunkt und warum kehrte so das alte isolationistische Denken zurück? Wichtig ist dabei: Isolationismus existierte als Strömung auch während des Kalten Krieges. Also Sie haben in den 50er und 60er Jahren die sogenannten Old Guard Republicans. Das war eine Gruppe republikanischer Senatoren, die sehr skeptisch waren gegenüber Marshall Plan, gegenüber NATO, gegenüber der Frage von Stationierungskosten usw. Und die Mehrheiten für ein internationales Engagement der US-Amerikaner im Senat waren oft knapper als man heute glaubt. Also wir haben so das Gefühl, das war einfach völlig klar, das ist gesetzt. Das war es aber nicht wirklich, sondern es war ein ständiger Aushandlungsprozess und es gab auch ständig letztendlich ein Misstrauen von beiden Seiten, inwiefern das wirklich gesetzt ist. In den 60er und 70er Jahren haben wir auch dann Mike Mansfield, den wir schon erlebt haben, einen Demokraten, also der demokratische Mehrheitsführer im Senat, eben als einen zentralen Vertreter des Isolationismus. Das heißt, Sie sehen, das ist nicht auf die Republikanische Partei beschränkt, sondern es gibt es – das sind Strömungen in beiden Parteien. Und natürlich gibt es auch die Internationalisten, die dann auch sehr stark während des Kalten Krieges sind - in beiden Parteien. Aber, der Kalte Krieg war es gewesen, der Linke und Rechte gezwungen hat, in die politische Mitte zu rücken. Und erst das hat das US-Engagement in Europa ermöglicht. Und dieser Zwang zur politischen Mitte, der fiel nach 1991 weg und Grund natürlich: Der Zusammenbruch der Sowjetunion. Es gibt keine äußere Bedrohung mehr, die ideologische Klammer fällt letztendlich weg und dadurch dominieren innenpolitische Identitäten wieder deutlich mehr als zuvor. Und es stellt sich die Frage, inwiefern die Volksrepublik China zukünftig als neue Bedrohung wirken wird. Die ist schon da, das wird schon diskutiert, aber es ist eben noch nicht so, dass das wirklich als Zwang wirkt, um in die Mitte zu rücken, um sich letztendlich zu verbünden, auch innenpolitisch zu vereinigen, um die USA wieder stärker international zu engagieren. Das ist gerade noch ein bisschen in der Schwebe. Die Schlussfolgerung hierzu lautet: Isolationistische Positionen existierten auch in der Hochphase des Kalten Krieges. Sie kehrten nach 1991 als Mehrheitsströmung zurück. Und das will ich Ihnen jetzt noch ein bisschen genauer zeigen am Beispiel von Pat Buchanan. Er war republikanischer Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen, zum Beispiel 1992 und 1996. Und was entscheidend ist, sind die New Hampshire Primaries. Ich weiß nicht, ob Sie das System in den USA kennen? Das ist im Grunde die erste Vorwahl, in der richtig gewählt wird. Also nicht nur Iowa, sondern wirklich New Hampshire. Da gibt es wirkliche Wahlen und die Wahlen in New Hampshire haben einen enormen Einfluss auf die Medienaufmerksamkeit, auf die Spenden und auch auf das Momentum der Kandidaten. Und 1992 bei den New Hampshire Primaries, da hat Buchanan 37 % der Stimmen geholt und Amtsinhaber George H. W. Bush, also Bush der Ältere, 53 %. Das heißt: Buchanan hat relativ viele Stimmen geholt, obwohl er eine sehr isolationistische Agenda gefahren hat. Und insgesamt kommt er dann auf 23 % nationalen Stimmenanteil bei den Vorwahlen. 1996 wird das dann noch deutlicher: da gewinnt Buchanan knapp die New Hampshire Primaries mit

27 % und gewinnt anschließend auch in Louisiana, Alaska und Missouri. Letztendlich endet er als Zweiter hinter Bob Dole, aber deutlich vor den anderen Kandidaten. Damit sehen wir das erstmals seit Senator Taft - von dem hatte ich vorhin gesprochen, der 1952 angetreten war - erstmals seit 1952 gibt es wieder eine große Resonanz für eine explizit isolationistische Agenda. Taft hatte 1952 mit 45 % zu 55 % gegen Eisenhower verloren. Also wir sehen jetzt hier in den 90er Jahren, es gibt eine offene Rückkehr zum Alt-Right Isolationismus, wenn man das so nennen will. Was aber ganz spannend ist: Es gibt damals schon eine „America First"-Rhetorik, 25 Jahre vor Trump. Also ich habe hier einen Button vom Wahlkampf von Buchanan 1992. Da heißt es eben: „America First - Buchanan 1992". Also das ist im Grunde auch schon da, das wird, da greift Buchanan schon in diese alte Kiste zurück. Und seine Rhetorik enthält folgendes, nämlich eben gegen NATO, gegen Handelsabkommen, für Protektionismus, gegen Immigration. Also auch hier relativ klassische Elemente. Und man könnte sagen, dass Buchanan in gewisser Weise eine ideologische Brücke zwischen Taft und Trump darstellt. Das transatlantische Verhältnis verschlechtert sich dann weiter in den 2000er Jahren. Sie erinnern sich vielleicht an den Irakkrieg 2003, der einen deutlichen transatlantischen Bruch darstellte und gegenseitiges Misstrauen schürte und dann 2011 Obamas „Pivot to Asia", als Obama gesagt hat: Wir wenden uns weiter Richtung Asien und von Europa letztendlich ab. Also man sieht, dass Europa strategische Priorität verloren hat 2011. Das ist auch ein längerfristiger Prozess, natürlich. Und inzwischen gibt es natürlich auch wieder die Gegenbewegung durch den Ukrainekrieg, dass Europa wieder wichtiger geworden ist. Also wir sehen hier verschiedene, auch widerstreitende Bewegungen nach 1991. Die Schlussfolgerung zu diesem Teil: Nach 1991 fehlte der strukturelle Grund für ein US-Engagement in Europa. Die lang verdrängten Muster kehrten zurück. Das ist natürlich nicht eindeutig und nicht überwiegend, aber sie sehen: es gibt Tendenzen, es wird widersprüchlicher. Das war auch im Kalten Krieg widersprüchlich, hatte ich vorhin gezeigt, aber jetzt ist es deutlicher. Also Isolationismus ist als Narrativ stärker geworden.

DIE TRUMP-ÄRA

Kommen wir zu meinem letzten Punkt Die Zeit nach 2016, also die Trump-Ära, wenn man das so sagen möchte. Ich habe mich gefragt: Trump als Wiederkehr und Radikalismus? Der Journalist Damon Linker schreibt am 8. November 2025 in der New York Times: „Reaganism appears the aberration, Trumpism the rule." Er sagt also: Nicht der Internationalismus von Ronald Reagan sei die Regel, sondern der Isolationismus von Donald Trump. Das ist natürlich eine journalistische Aussage, und da kann man auch einiges dagegen einwenden, aber man sieht die Debatte ist da, und hier werden auch aktuell Tendenzen gesehen. Was bei Trump interessant ist, dass Trump Teile der Geschichte reaktiviert und für sich neu nutzt. Also wir hatten gesehen America First. Das stammt eben aus der America-First-Bewegung der dreißiger Jahre. Eben dieser Slogan auch America First. Dann die Anti-NATO-Rhetorik. Das hatten wir bei Taft und Mansfield zum Beispiel gesehen. Dann die Skepsis gegenüber globalen Institutionen. Das kennen wir schon von der Alt-Right zum Beispiel, aber auch aus dem Senat während des Kalten Krieges. Und auch dieses „Anti-Bureaucracy", also gegen Washington. Das kennen wir von der Alt-Right, aber zum Beispiel auch von der Tea-Party-Bewegung relativ jüngst. Also wir sehen Trump hat hier verschiedene Elemente, auf denen er aufbaut, die er letztendlich für sich benutzt. Die Schlussfolgerung: Trump zeigt in gewisser Weise offen und radikalisiert, was strukturell angelegt war: Eine gewisse US-Skepsis gegenüber dauerhaften Allianzen.

TRANSATLANTIK UNTER VORBEHALT

Und damit komme ich zum Schluss. Also die Frage ist was zeigt eigentlich dieser historische Längsschnitt? Dieser zeigt: Das US-Engagement in Europa war nie selbstverständlich. Es entstand nicht aus einem überparteilichen Bekenntnis zu Internationalismus, sondern als Reaktion auf äußere Bedrohungen. 1941 durch Japan, nach 1945 durch die USA (*Anmerkung der Redaktion: gemeint ist hier die UdSSR*). Natürlich ist klar: In den Parteien gab es verschiedene Strömungen, da wurde viel diskutiert. Also ich würde jetzt nicht sagen, es ist schwarz-weiß, sondern es ist relativ komplex, aber es zumindest eine gewisse Tendenz.

Also: Reaktion auf äußere Bedrohungen. Das transatlantische „Burden Sharing“ im Kalten Krieg, also die Lastenverteilung, war zudem nie harmonisch. Die Konflikte um Verteidigungsausgaben, um Stationierungskosten, um Truppenpräsenz, aber auch um die wirtschaftliche Verantwortung waren keine Folge europäischen Versagens, sondern eher Ausdruck einer strukturellen Spannung in einer asymmetrischen Allianz. Und die nukleare Teilhabe - deswegen habe ich das angesprochen - die nukleare Teilhabe zeigt die Asymmetrie am deutlichste. Nämlich den Wunsch nach Mitbestimmung auf europäischer Seite - verständlicherweise, weil es um europäische Sicherheit geht - aber der Versuch einer vollständigen operativen Kontrolle auf US-amerikanischer Seite. Und das Ergebnis lautet: Das transatlantische Verhältnis beruhte vor allem auf der Notwendigkeit, deutlich weniger auf innerer Übereinstimmung, auch wenn es die natürlich gab. Also da muss man sehen, je nach Zeit gibt es auch hier Unterschiede. Also auch die Menschen, die Politikerinnen und Politiker in den USA, die eben bewusst auch für ein US-Engagement in Europa eintreten, auch aus Überzeugung. Also das ist auch relativ komplex. Was ich aber sagen möchte ist: Der Kalte Krieg hat die amerikanische Rechte zeitweise diszipliniert, aber nicht dauerhaft verändert und das sieht man eben jetzt. Was da zurückgekommen ist. Und die Konsequenzen, also was lässt sich daraus für die Gegenwart ableiten? Die USA bleiben demokratisch - hoffe ich zumindest sehr. Sie bleiben wahrscheinlich verlässlich, hoffentlich auch partnerfähig, aber nicht automatisch engagiert, sondern nur unter Bedingungen. Das heißt, die US-Sicherheitsgarantien für Europa sind abhängig und zwar abhängig von den Kosten - wir hatten jetzt die „Burden Sharing“-Debatte im Kalten Krieg. Die sehen wir auch aktuell, die ganze Frage der Verteidigungsausgaben. US-Sicherheitsgarantien sind abhängig von der Bedrohungslage. Also gibt es einen strategischen Gegenspieler, der letztendlich auch US-Engagement erzwingt oder gibt es das nicht? Also Bedrohungslage. Und die US-Sicherheitsgarantien sind auch abhängig von einer innenpolitischen Zustimmung in den USA. Also die Frage ist eben: Wie stark sind isolationistische Strömungen? Die bleiben wohl erstmal stark, denn sie sind historisch tief verwurzelt. Und das bedeutet Europa kann das US-Engagement nicht voraussetzen, es kann es nur herstellen oder im Zweifel ersetzen. Und um das jetzt, zum Ende vielleicht noch mal zuzuspitzen, noch eine abschließende These, die ich aber natürlich gerne noch selber schon infrage stelle, aber der Versuch einer Zuspitzung: Also, wenn der Kalte Krieg die Ausnahme war und ein US-amerikanisches Engagement in Europa nicht die Regel, dann lautet die für Europa entscheidende Frage nicht, ob die vertrauten USA vor Trump zurückkehren, sondern ob Europa bereit ist, ohne die USA auszukommen.

Anna Berchtenbreiter

Ein kleiner Hinweis aus der Redaktion: Der Vortrag fand am 20. November 2025 statt. "Akademie fürs Ohr" ist eine Produktion der Akademie für Politische Bildung. Mein Name ist Anna Berchtenbreiter, Pressereferentin der Akademie. Mehr Infos zum Podcast und zur Akademie findet ihr in den Shownotes.